

ÖDP-PROGRAMM

zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

am 22. März 2026

**Ökologisch-
Demokratische
Partei**

Die Naturschutzpartei.



ödp

Inhalt

Seite 5	I. Demokratie
Seite 7	II. Umwelt, Naturschutz, Tierschutz
Seite 9	III. Landwirtschaft und Wald
Seite 13	IV. Raumordnung
Seite 17	V. Verkehr
Seite 21	VI. Energie
Seite 24	VII. Rohstoffe und Abfall
Seite 28	VIII. Bildung, Familie, Jugend und Sport
Seite 32	IX. Gesundheitswesen und Soziales
Seite 36	X. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen
Seite 39	XI. Innere Sicherheit
Seite 42	XII. Medien

Dafür steht die ÖDP →

ödp

in RLP

Präambel

Unsere Gesellschaft braucht dringend positive Impulse. Die Ökologisch-Demokratische Partei möchte hier einen wichtigen Beitrag als Partei der Mitte leisten: Sie arbeitet mit einer nachhaltigen, wertorientierten und sachbasierten Politik zum Wohle aller Menschen. Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft überwinden und unterschiedliche Positionen zusammenführen. Wir wollen auch die Demokratie durch mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger erneuern.

In Rheinland-Pfalz hat uns die Flutkatastrophe von 2021 (Ahrtaflut), nur wenige Monate nach der letzten Landtagswahl, alle mit ihrer Heftigkeit überrascht und uns gezeigt, wie brüchig unsere vermeintlichen Sicherheiten sind und wie stark die Ausschläge der Natur uns treffen können. Dies macht aus Sicht der ÖDP als Naturschutzpartei zwingend ein Umdenken in unserem Umgang mit der Natur und in den Fragen der Vorsorge und des Katastrophenschutzes erforderlich. Hierzu gibt die ÖDP wichtige Antworten in diesem Programm.

Aber auch die weltweiten Krisen beschäftigen die Menschen: Beginnend mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und dem seither andauernden Krieg haben die Auseinandersetzungen zugenommen. Nach dem Terroranschlag am 7. Oktober 2023 in Israel kam der schreckliche Krieg in Gaza als Reaktion auf diese Gräueltaten und die Geiselnahmen hinzu. Angriffe Israels auf die Hisbollah im Südlibanon und Angriffe Israels und der USA auf den Iran folgten. Ein Ende dieser Konflikte ist derzeit leider nicht in Sicht. Daher müssen wir für mehr Mitmenschlichkeit und Zusammenarbeit werben.

Die noch vor wenigen Jahren alles beherrschende Corona-Pandemie ist dagegen deutlich in den Hintergrund und fast schon in Vergessenheit geraten. Die Pandemie hat uns jedenfalls gezeigt, wie wichtig eine gute medizinische Versorgung und eine angemessene Klinikinfrastruktur im Land sind. Das bestärkt uns als ÖDP in unserem Einsatz für den Erhalt von Krankenhäusern und die ärztliche Versorgung, insbeson-

dere im ländlichen Raum und in der Fläche. Gerade in diesem Punkt muss die Landespolitik mehr Engagement zeigen, denn es wurden in den letzten Jahren zahlreiche Kliniken geschlossen.

Es ist Zeit zu handeln, für mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Mitmenschlichkeit, für naturnahen Hochwasserschutz und den Erhalt unserer Krankenhäuser, für die Bewahrung der Artenvielfalt – kurz für eine lebenswerte Zukunft.

I. Demokratie

Direkte Demokratie: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind auf kommunaler Ebene und Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene zu erleichtern. Die immer noch großen Hürden bei der Zulassung von Volksentscheiden und Bürgerentscheiden (Unterschriftenquoten, Eintragsfristen) sind auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren. Politische Entscheidungen sollten auf den Ebenen getroffen werden, die die Fachkompetenz haben und die von der jeweiligen Entscheidung direkt betroffen ist (Subsidiaritätsprinzip). Auch die Einführung des bundesweiten Volksentscheids bleibt vorrangiges Ziel der ÖDP.

Regionalität: Die ÖDP will darauf achten, dass Landtag und Landesregierung in allen Angelegenheiten der Europäischen Union, die auf die Landespolitik Einfluss nehmen, gehört werden und dass das Subsidiaritätsprinzip konsequent befolgt wird. Die ÖDP steht dafür, dass die Kommunen im Land ebenso beteiligt werden, wenn durch europäische Entscheidungen Aufgaben und Belange der Kommunen betroffen sind. Daher lehnt die ÖDP weitere Freihandelsabkommen ab, wenn diese sich wie bisher vor allem durch Demokratiefeindlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen dürfen durch diese Abkommen nicht unwiderruflich privatisiert werden.

Landtag Rheinland-Pfalz: Zur Kostenreduzierung ist der Landtag auf 85 Mitglieder zu verkleinern. Darüber hinaus fordert die ÖDP eine Diätenreform. Die massiven Diätenerhöhungen der vergangenen Jahre sind abzulehnen.

Landeswahlrecht: Die ÖDP fordert die Möglichkeit der akzentuierten Listenstimme für Wählerinnen und Wähler. Mit dieser zusätzlichen Stimme soll der Einzug von gewählten Abgeordneten nicht allein von der Listenaufstellung der Parteien abhängen. Die Bürgerinnen und Bürger können damit die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Parteilisten verändern. Die ÖDP fordert die Abschaffung der 5 %-Hürde bei Landtagswahlen.

Wahlrecht ab 16: Die ÖDP fordert grundsätzlich ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren für Landtags- und Kommunalwahlen, weil gerade auch junge Menschen an der politischen Willensbildung zu beteiligen sind.

Kommunal- und Verwaltungsreform: Fusionen und Eingemeindungen sollten ausschließlich unter Beteiligung und Zustimmung der betroffenen Kommunen und Bevölkerung vorgenommen werden. Die Zusammenlegung von Kommunen darf nur auf Grund von Bürgerentscheiden stattfinden. Die ÖDP fordert den Ausbau der rechtlichen Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit, vor allem über die Kreisgrenzen hinaus.

Kommunale Demokratie: Die Verlagerung von politischen Entscheidungen aus den Stadt- und Gemeinderäten in Richtung Zweckverbände und stadtnahe Gesellschaften darf nicht zu einer Reduzierung weiterer Kompetenzen der Kommunalparlamente führen. Hier sind alle Ratsmitglieder in die Entscheidungen einzubinden. Die ÖDP fordert mehr Kompetenzen für die direkt gewählten Ortsbeiräte und Ortsvorsteher, z. B. im Bereich der Finanzen, der Verkehrs- und der Bauleitplanung.

Konzern- und Firmenspenden: Konzern- und Firmenspenden an Parteien sind zu verbieten, damit wir wirklich unabhängige Volksvertreterinnen sowie -vertreter haben. Dazu ist eine Initiative über den Bundesrat erforderlich.

II. Umwelt, Naturschutz, Tierschutz

Aufstellung eines Landesnaturschutzprogramms: Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt durch Erhalt, Vernetzung und Erweiterung von Biotopen auf bis zu 15 % der Landesfläche. Hierzu sind vorhandene Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH) ggf. zu vergrößern und entsprechende geeignete weitere Gebiete nachzumelden.

Verbesserung der Umweltbildung: In den nächsten Haushaltsplänen darf der Naturschutz keinen Kürzungen unterliegen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN sind in die Lehrpläne zu integrieren.

Arten- und Biotopschutz: Planungsrechtliche Festsetzungen zu Vorrangflächen für den Naturschutz müssen erhalten bleiben und auch in nachgeordneten Planungen unbedingt Bestand haben. Im Landesentwicklungsprogramm sind aufgrund der Ergebnisse der Planung vernetzter Biotopsysteme Kernräume für den Arten- und Biotopschutz auszuweisen, die in den regionalen Raumordnungsplänen (RROP) oder in Flächennutzungsplänen (FNP) im Rahmen der erneuten Abwägung Bestand haben müssen.

Gewässer: Hochwasserschutz soll in der Fläche betrieben werden. Der Rückbau ausgebauter Gewässer, ihre Renaturierung bzw. Revitalisierung müssen vorangetrieben werden, damit diese wieder natürlich und lebensfähig werden. Natürliche Retentionsflächen müssen geschaffen werden, z. B. durch die Rückverlagerung der Rheinhauptdeiche. Die ÖDP fordert eine Verlangsamung des Wasserablaufs (Stichwort Ablaufentschleunigung) und den Rückhalt in den Fließgewässern (vom Hochwasser zum Breitwasser). In der Stadtplanung ist das Schwammstadt-Prinzip umzusetzen. Grundlage unserer Forderungen ist das 5-Stufen-Konzept der ÖDP zum naturnahen Hochwasserschutz. Beidseitig von Gewässern dritter Ordnung ist ein 5 bis 7 Meter breiter Randstreifen von der Bewirtschaftung durch Landwirte auszunehmen,

um zu verhindern, dass Pestizide und Düngemittel bei Starkregenereignissen in großen Mengen in die Gewässer gespült werden.

Tierschutz: Die Achtung vor dem Leben gebietet einen respektvollen Umgang mit den Tieren, unseren Mitgeschöpfen. Ein solcher Umgang schließt Quälerei und Missbrauch aus. Das in seiner Leidensfähigkeit dem Menschen nahestehende Tier hat ein Recht auf artgerechte Haltung.

Die ÖDP fordert deshalb u. a.:

- Abschaffung der industriellen Massentierhaltung sowie ein Verbot von Tiertransporten über größere Strecken.
- Kein Einsatz von Hormonen zur Tiernästung, keine Verabreichung von für die Humanmedizin wichtigen Reserveantibiotika.
- Einrichtung des Amtes eines unabhängigen Landes-Tierschutzbeauftragten mit Klagebefugnissen, der von den Tierschutzverbänden vorgeschlagen wird.
- Erstellung eines ambitionierten Masterplans zur schnellstmöglichen Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen! Die ÖDP fordert das Verbot aller quälenden und leidvollen Experimente an und mit Tieren.
- Erhöhung der zurzeit unzureichenden Anzahl Kontrollen von Tierhalterbetrieben durch Aufstockung des Personals.
- Zum Schutz von Igel und anderen nachtaktiven Kleintieren fordern wir das Verbot des Betriebs von Mährobotern in der Zeit von 20.00 Uhr abends bis 7.00 Uhr morgens.

III. Landwirtschaft und Wald

Landwirtschaft

ist die Grundlage unseres Lebens und unserer Ernährungssicherheit! Allzu oft bringt sie aber auch Probleme mit sich. Für die Bauern selbst, für die Umwelt, für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Mitarbeitenden und Angestellten. Ein wesentlicher Grund ist das Streben des Handels und die Erwartungshaltung der Verbraucher nach immer billigeren Lebensmitteln! Faire Preise ist der ÖDP-Ansatz zur Lösung der Probleme.

Wichtige Ansatzpunkte:

Bodenschutz: Ein gesunder Boden ist die Grundlage jeglicher nachhaltigen Landwirtschaft. Dazu ist es wichtig, möglichst weitgehend eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren: Wenig Import von Fremdstoffen wie Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln und möglichst wenig Export außer den Markterzeugnissen: Kein Import bzw. Export von Gülle aus bzw. in andere Gebiete, kein Eintrag von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln ins Grundwasser! Keine Ausnahmegenehmigungen für von der EU bereits verbotene besonders insektenschädliche Pestizide in Naturschutzgebieten in Rheinland-Pfalz.

Klimaschutz: Die Landwirtschaft ist beim Klimawandel sowohl Opfer als auch Verursacher: Immer extremere Wetterlagen mit Dürren, Starkregen, Hagel sowie immer neue Schädlinge durch verändertes Klima und globalisierten Warenaustausch. Andererseits trägt die Landwirtschaft durch Monokulturen, Bodenverdichtung, Intensivierung, Mechanisierung und den Einsatz von Pestiziden und Kunstdüngern selbst zu den Problemen bei. Für unsere Klimaschutzziele verweisen wir auf den betreffenden Absatz im Kapitel VI. dieses Programms.

Menschenschutz: Bäuerinnen und Bauern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ernährungswirtschaft und des Lebensmittelhandels verdienen ein menschenwürdiges finanzielles Auskommen, damit ein

Leben in Würde und Wohlergehen möglich ist. Arbeits- und Wohnbedingungen müssen sozialen und hygienischen Standards genügen!

Ökologischer Land- und Weinbau: Die Umstellung auf biologische Wirtschaftsweisen und die Regionalisierung der landwirtschaftlichen Direktvermarktung sind beizubehalten und weiter zu fördern. Steigerung des ökologischen Landbaus auf 50 % der Bewirtschaftungsfläche bis 2030. Tragen die Landwirte und Winzer zur Erhaltung von Kulturlandschaft, Biotopen und Arten bei, sollen sie stärker finanziell gefördert werden. Vielseitiger Fruchtwechsel im Ackerbau und Begrünung in Dauerkulturen wie Wein- und Obstbau sind hierfür wesentliche Elemente! Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass nach den Methoden der Permakultur oder der Agroforstwirtschaft bewirtschaftete Flächen bei der Agrarförderung nicht ausgeschlossen oder benachteiligt werden und sich die Rahmenbedingungen für diese Bewirtschaftungsformen verbessern. Die Agrarförderrichtlinien sind hierzu falls nötig anzupassen.

Bäuerliche Landwirtschaft: Die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe und einer flächendeckenden Landwirtschaft auch in ungünstigen Lagen muss Grundsatz der Agrarpolitik werden. Der ländliche Raum braucht für seine Lebensfähigkeit eine funktionierende nachhaltige Landwirtschaft als Grundstruktur, z. B. auch als Basis für einen naturverträglichen Tourismus. Konkret will die ÖDP einen Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit, bei dem das Land Rheinland-Pfalz den Bäuerinnen und Bauern einen Vertrag für ökologische Produktion und Erhalt der Kulturlandschaft anbietet (siehe dazu unser Bundespolitisches Programm im Internet www.oedp.de).

Gentechnik: Rheinland-Pfalz muss zur gentechnikfreien Zone erklärt werden. Einführung eines Gütesiegels „gentechnikfrei produziert“ auch im konventionellen Weinbau. Die ÖDP lehnt die „Grüne Gentechnik“ ab. Daher ist die ÖDP auch gegen staatliche Fördergelder für die Gentechnikforschung im Bereich der Landwirtschaft. Auch neuere gentechnische Verfahren wie z. B. CRISPR sind Gentechnik und müssen auch weiterhin unter das Gentechnikgesetz fallen.

Forstwirtschaft: Erhalt des naturgemäßen Waldbaus im Staatswald durch Sicherung einer ausreichenden, qualifizierten Personalausstattung in den Forstrevieren. Vor dem Hintergrund von Klimawandel, zunehmender Trockenheit, Sturmwürfen und Borkenkäferbefall: Entwicklung vielfältiger, widerstandsfähiger Wälder durch Integration natürlicher Sukzessionsprozesse in die Strategien zur Wiederbewaldung. Ausdehnung des naturgemäßen Waldbaus im Bereich des Kommunal- und Privatwaldes durch Förderprogramme (FSC-Zertifizierung).

Wildtiere und Jagd: Wir sehen in der Jagd eine erforderliche Funktion zur Regulation und zum Ausgleich von Wildtierbeständen in der freien Landschaft. Bei der Jagdausübung ist der Grundsatz „Wald vor Wild“ anzuwenden. Außerdem brauchen wir moderne Konzepte und Rückzugsräume für Wildtiere für ein nachhaltiges Gleichgewicht für Wald und Wild. Der jagdliche Hegebegriff sollte dem Ziel der Förderung ökologischer Kreisläufe und eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten, artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie der Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen und der weitgehenden Vermeidung von Wildschäden dienen. Das neue Landesjagdgesetz sollte von Zeit zu Zeit gemeinsam mit allen Akteuren evaluiert werden.

Wiederansiedlung Wolf: Aus Gründen des Artenschutzes setzen wir uns für eine maßvolle Wiederansiedlung des Wolfes in Rheinland-Pfalz ein und wenden uns dagegen, dass Wölfe generell im Land gejagt werden dürfen. Die Erlaubnis zur Bejagung sollte allerdings in gut begründeten Fällen für einzelne Wölfe erteilt werden können, auch um bei Bedarf örtlich die Bestände auf ein verantwortbares Maß zu reduzieren. Die Zahl der Wölfe hat allgemein zugenommen, was in einigen Regionen zu Konflikten mit menschlichen Aktivitäten geführt hat. Der Beschluss der EU, den Schutzstatus von Wölfen von „streng geschützt“ auf „geschützt“ zu ändern, trägt der Rechnung und gibt den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Bewirtschaftung der Wolfspopulationen. Im Übrigen halten wir den unbürokratischen und großzügigen Ersatz von nachgewiesenen Schäden sowie die weitreichende Förderung vorbeugender Maßnahmen und Einrichtungen für zielführend.

Artenschutz, Landwirtschaft und Tourismus stehen beim Thema Wolf in einem hochsensiblen Spannungsverhältnis. Die Landespolitik muss in dieser Frage mit Fingerspitzengefühl agieren und darf die betroffenen Landwirte keinesfalls alleine lassen. Durch die Landesregierung ist außerdem eine vermehrte Aufklärungsarbeit zu leisten, dabei sind auch die möglichen Gefährdungen für Menschen zu beachten und es ist über ein angemessenes Verhalten im Umgang mit dem Wolf zu informieren.

IV. Raumordnung

Stärkung des ländlichen Raums: Eine möglichst regionale Versorgung mit Lebensmitteln, Wirtschaftsgütern und Arbeitsplätzen mit kurzen Anfahrtswegen vermeidet unnötige Transportwege und ist deshalb Voraussetzung für eine ökologische und damit nachhaltige Wirtschaftsweise. Deshalb vertritt die ÖDP die Förderung von kleinen und mittelständischen ökologisch ausgerichteten Unternehmen überall im Land. Potentiellen Arbeitgebern (insbesondere internationalen Konzernen), die glauben, sie könnten wie in der Vergangenheit mit öffentlichen Geldern und Grundstücken in strukturschwachen Gebieten rechnen, wenn sie durch ihre Ansiedlung ökologisch und gesamtwirtschaftlichen Schaden in der Region anrichten, muss die künftige Landesregierung eine Absage erteilen.

Infrastruktur auf dem Land: Kleine Krankenhäuser, Landarztpraxen, Dorfläden, Kultureinrichtungen, bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr u.a. sind für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zu erhalten bzw. auszubauen. Regionalität muss auch bei öffentlichen Ausschreibungen eine notwendige Grundvoraussetzung sein, um die Vorherrschaft internationaler Konzerne zurückzudrängen. Der Prozess der Globalisierung muss zugunsten von Mensch und Umwelt in einen Prozess der Lokalisierung transformiert werden.

Siedlungsentwicklung: Durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren werden immer weniger Menschen in Rheinland-Pfalz leben. Daher müssen der Reaktivierung der Ortskerne und der Sanierung älterer Gebäude Vorrang vor dem Ausweisen neuer Bauflächen an den Ortsrändern gegeben werden. Zu fördern sind die Siedlungszentren anstatt eine weitere Zersiedelung der Landschaft. In Bezug auf den Einzelhandel sind die Innenstädte und Ortskerne aufzuwerten und nicht etwa Einkaufszentren/Gewerbegebiete „auf der grünen Wiese“.

Die ÖDP befürwortet die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden und möchte das Wachstum nach außen in die freie Landschaft be-

grenzen. Bei der Innenentwicklung müssen in erster Linie Brach- und Konversionsflächen wieder genutzt werden. Eine Nachverdichtung bestehender Wohnsiedlungen zulasten von Grün-, Aufenthalts- und Spielflächen lehnt die ÖDP ab. Um aus diesem Blickwinkel eine geordnete Innenentwicklung zu gewährleisten, müssen möglichst flächendeckend barrierefreie Bebauungspläne von den Kommunen aufgestellt und umgesetzt werden.

Städtebau: Pflicht zur langfristig gedachten Planung aller städtebaulichen Maßnahmen im Hinblick auf die alternde Bevölkerung. Nach dem Teilhabebericht 2015 des Bundesarbeitsministeriums haben 30 % der Bevölkerung eine Einschränkung, deshalb fordern wir:

- Kurze Wege, barrierefreie Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen, z. B. Arztpraxen, Krankenhäusern mit Geburtsstationen und Hebammenversorgung, physiotherapeutischen und weiteren sektorübergreifende Einrichtungen, die auch ohne Auto zu erreichen sind. Barrierefreie Gehwege und Zugänge zu öffentlichen Gebäuden müssen weiterhin durch bauliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.
- Ruhezonen (Sitzplätze) müssen in kurzen Abständen vorhanden sein.

Sozialer Wohnungsbau: Ein gesetzlich festgelegter Mindestanteil an Sozialwohnungen bei allen Neubauprojekten soll eingeführt werden. Bei Verkäufen von kommunalen Grundstücken an private Investoren zum Zwecke der Bebauung soll es Auflagen geben, eine Mindestzahl an freien und an sozial verträglichen Wohnungen anzubieten. Der Zuschuss für den sozialen Wohnungsbau darf nicht, wie von der Landesregierung geplant, gekürzt werden.

Hilfe für Wohnungslose: Unterkünfte für wohnungslose Menschen (auch als Schlichtwohnungen bezeichnet) müssen zentral beheizbar und mit sanitären Anlagen (Toilette, Waschbecken und Dusche) ausgestattet sein. Das Land hat hierfür den Kommunen zweckgebundene Gelder zur Verfügung zu stellen, um diese Baumaßnahmen zu ermöglichen.

Fördermittel: Der Abruf von Fördermitteln sollte unbedingt von einer unabhängigen Stelle überwacht werden, damit die bereitgestellten Gelder auch wirklich abgerufen werden. Das kommunale Fördermanagement ist in den Kommunen personell aufzustocken. Häufig ist der notwendige Eigenanteil, den die Kommune aufbringen muss, durch sie nicht aufzubringen. Deshalb müssen Lösungswege gesucht werden, damit die notwendigen Baumaßnahmen durchgeführt werden können.

Kultur: Museen, Bibliotheken und Archive wurden und werden immer wieder Zielscheiben von Einsparmaßnahmen. Dies betrifft Einrichtungen des Landes und in besonderem Maße kommunale Institutionen, die durch den Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) in existenzielle Gefahr geraten sind. Personalabbau, Reduzierung von Service-Leistungen und Kürzungen der Erwerbungssetats führen dazu, dass der Auftrag dieser Dienstleistungseinrichtungen und Gedächtnisinstitutionen nicht mehr in vollem Umfang erfüllt werden kann. Bürgerinnen und Bürger sind die unmittelbar Leidtragenden. Langfristig entstehen Land, Region und Stadt unwiederbringliche Verluste. Das Land muss auch in finanzieller Hinsicht dafür sorgen, dass das in Museen, Bibliotheken und Archiven bewahrte kulturelle Erbe dauerhaft gesichert, erschlossen und in die Gegenwart ausgebaut wird.

Archivwesen: Archive sind das Gedächtnis der Verwaltung. Nur durch ein funktionierendes und transparentes öffentliches Archivwesen lässt sich staatliches Handeln kontrollieren und nachvollziehen. Das Land hat die Aufgabe, dieses Archivwesen im Land zu erhalten und ein flächendeckendes kommunales Archivwesen aufzubauen. Hierfür sind die notwendigen Mittel und Stellen bereit zu stellen. Die ÖDP unterstützt darüber hinaus die „Weltweite Allgemeine Erklärung über Archive“, die am 17. September 2010 von der Generalversammlung des ICA in Oslo verabschiedet wurde.

Mobilfunk: Die Landesbauordnung muss in Zukunft die Genehmigungspflicht für alle Mobilfunkanlagen vorschreiben. Es sollen Kriterien für Mobilfunkstandorte entwickelt werden, die einen gesund-

heitsverträglicheren Mobilfunk für die Bevölkerung gewährleisten. Elektrohypersensiblen Menschen (1 bis 2 % in Deutschland ordnen sich laut Bundesamt für Strahlenschutz selbst in diese Gruppe ein) müssen strahlungsarme Rückzugsgebiete zur Verfügung gestellt werden. Die zukünftigen technischen Entwicklungen im Mobilfunk sollen die gesundheitliche Verträglichkeit berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir eine abschließende, unabhängige Studie über die Auswirkung nichtionisierender elektromagnetischer Strahlung auf biologische Systeme durch eine Institution von höchster wissenschaftlicher Integrität.

Internetanbindung: Wir brauchen in Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Netz von schnellen kabelgebundenen Internetverbindungen. Der Ausbau von Glasfaserleitungen ermöglicht eine stromsparende Datenvernetzung ohne gesundheitliche Risiken. In Grundschulen und Kitas ist auf Wireless Lan (WLAN) möglichst zu verzichten.

V. Verkehr

Förderung des Nahverkehrs: Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Land muss auch in der Fläche für die gesamte Bevölkerung zu einer interessanten Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden. Unter konsequenter Verwendung der Regionalisierungsmittel, die sich wieder der Teuerungsrate anpassen müssen, und der Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und des Finanzausgleichs sowie durch neue gesetzliche Regelungen ist sicherzustellen, dass die Mobilität der Bevölkerung, die Belange des Umweltschutzes und der Energieeinsparung gewährleistet werden. Die barrierefreie Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger muss endlich realisiert werden. Die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel muss sowohl in der Preisgestaltung durch Beibehalt eines bezahlbaren Deutschland-Tickets sowie im Angebot quantitativ und qualitativ deutlich verbessert werden, auch und gerade für den ländlichen Raum.

Ausbau der Schiene: Prüfung von weiteren Optionen zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Güter- und Personenverkehr. Es soll für ganz Rheinland-Pfalz geprüft werden, ob ehemalige Bahnstrecken oder auch Güterverladestellen wieder für den Personen- bzw. Güterverkehr genutzt werden können. Wo eine Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken aus Kostengründen nicht möglich ist, sollten aus ökologischen Gründen weiterentwickelte (störungsfreie) wasserstoff- oder batteriebetriebene Züge zum Einsatz kommen, z. B. im Nahetal, auf der Lautertalstrecke, bei der Eifelquerbahn und der Bahnstrecke im Hunsrück. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist qualitativ und quantitativ (auch in zeitlichen Randlagen und am Wochenende) weiterzuentwickeln.

Radverkehr: Fahrradgerechte Planung der Innenstädte als Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln. Aufnahme einer verpflichtenden Fahrräder-Stellplatzpflicht in die Landesbauordnung für Geschäfts- und Bürohäuser. Errichtung von Fahrradabstellanlagen bzw. -parkhäusern an großen Bahnhöfen. Dabei ist zu beachten, dass

weitere Stellmöglichkeiten, z. B. behindertengerechte Fahrradstellplätze, ebenfalls angemessen berücksichtigt werden. Innovative und kreative Ausschreibungen der Parkmöglichkeiten für Fahrradstellplätze sollten ausgelobt werden.

Lückenschluss A1: Der Eifel droht eine gewaltige Naturzerstörung durch den geplanten Neubau der Bundesautobahn A1 (FFH- und Vogelschutzgebiete). Der sogenannte Lückenschluss hätte einen Autobahnneubau von ca. 25 km Länge, davon 10 km in Rheinland-Pfalz, zur Folge und muss unbedingt unterbunden werden. Er verursacht bis zu einer möglichen Realisierung voraussichtlich Kosten in Höhe von über einer Milliarde Euro.

Mittelrheinbrücke: Die bestehenden Fährverbindungen sind bedarfsgerecht zu optimieren und müssen in einem gemeinsamen Verkehrsverbund eingebunden sein. Dabei ist der besondere Bedarf der anliegenden Gemeinden nach Begegnung, kulturellem und wirtschaftlichem Austausch zu berücksichtigen. Eine Mittelrheinbrücke gefährdet die bestehende Anzahl an Rheinquerungen und den Welterbestatus der Region.

Zweite Rheinquerung bei Karlsruhe: Die ÖDP lehnt die 2. Rheinquerung bei Karlsruhe ab. Der 4-spurige Ausbau der B10 zwischen Landau und Pirmasens ist zu stoppen. Planungen zu alternativen Trassen zwischen Landau und Annweiler sind einzustellen.

Mainzer Ring: Wir lehnen den 6-spurigen Ausbau der A60 vom Dreieck Mainz bis zum Kreuz Mainz-Süd ab. Ein 4-spuriger -- nach den heutigen Sicherheitsanforderungen und dem Verkehrsaufkommen erforderlicher -- Ausbau würde genügen. Schutz der Wohngebiete entlang der Autobahn: Die Geschwindigkeiten auf allen Autobahnabschnitten auf dem Mainzer Ring müssen auf 80 km/h gesenkt werden, es sei denn die Lärmschutz-Grenzwerte werden nicht überschritten. Der Ausbau der A643 durch den Mainzer Sand sollte naturverträglich durch 4+2-Konzept erfolgen.

Innerörtliche Verkehrsberuhigung: Die Landespolitik muss den Wünschen der Kommunen nach Verkehrsberuhigung in den Städten und Gemeinden mehr Rechnung tragen. Das Einrichten von Geschwindigkeitsbegrenzungen (z. B. Tempo 30) auf innerörtlichen Straßen sollte kommunal festgelegt werden können, ohne ein Einspruchsrecht durch den Landesbetrieb Mobilität. Durchfahrtsverbot für LKW durch Ortschaften außerhalb des Anliegerverkehrs als Abkürzung bei möglichen Autobahnverbindungen, um die Maut zu sparen.

Unterhalt von Verkehrswegen: Bildung von streckenbezogenen Rücklagen für den dauerhaften Unterhalt der Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen beim Landesbetrieb Mobilität, um die Folgekosten wie z. B. Instandhaltungskosten nachhaltig einplanen zu können. Eine Optimierung des Straßennetzes ist der reinen Vergrößerung des Straßennetzes vorzuziehen. Durch Straßenneubau funktionslos gewordene Straßen müssen rückgebaut werden.

Fluglärm und Flughäfen: Durchsetzung eines konsequenten Nachtflugverbots für alle Flughäfen (22 bis 6 Uhr). Einsatz von lärmreduzierten Flugzeugen und optimierten Anflugverfahren (z. B. segmented approach). Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens und des Militärflughafens Ramstein. Einrichtung eines Runden Tisches zur Reduzierung des Fluglärms in Rhein-Main und der Westpfalz unter Beteiligung der betroffenen Landesregierungen und Betreiber, der betroffenen Kommunen sowie von Medizinern. Mit dem Runden Tisch sollen zeitnah Lösungen erarbeitet werden. Keine weitere Förderung des Flughafens Hahn.

Lärmschutz: Rheinland-Pfalz muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene eine wirksame und nachhaltige Lärmschutzgesetzgebung auf den Weg kommt. Einsatz für Maßnahmen des Lärmschutzes an der Eisenbahn im Mittelrheintal (z. B. keine alten Güterwagen, Einbau von sog. „Flüster-Bremsen“) sowie Umsetzung der Alternativstrecke für den Güterverkehr gemäß Bundesverkehrswegeplan 2030. Außerdem muss mehr in die Binnenschifffahrt investiert werden, da sie durch geringen Energieverbrauch und wenig Lärm die umweltfreund-

lichere Transportweise darstellt. Verpflichtendes flächendeckendes Angebot für Landstromanschlüsse für Schiffe.

Straßenverkehrslärm: Es müssen ausreichend finanzielle Mittel für den Lärmschutz an Autobahnen und Bundesstraßen bereitgestellt werden. Die ÖDP fordert aus Gründen des Lärmschutzes Geschwindigkeitsbegrenzungen auf allen Fernstraßen, die an Wohngebieten angrenzen, insbesondere dann, wenn der Auslösewert für eine Lärmsanierung überschritten wird.

VI. Energie

Alle Ökosysteme unterliegen den Grenzen des Wachstums durch die endliche Menge an verfügbaren Rohstoffen und Energie. Auch wir Menschen mit unserer Wirtschaft und Gesellschaft unterliegen diesen Grenzen. Erst die Nutzung fossiler Energiequellen wie Kohle, Erdöl, Erdgas ermöglichte die moderne Landwirtschaft sowie die industrielle Revolution und die damit einhergehende Bevölkerungsentwicklung. Jetzt werden wir mit den Folgen unseres Handelns konfrontiert: Knapper werdende Ressourcen, wachsende Umweltzerstörung, Emission von Treibhausgasen und Klimakatastrophe mit der Konsequenz eines weltweiten Verlustes an Lebensraum und Menschenleben, Flucht und Kriegen. Schon seit Jahrzehnten weist die ÖDP auf diese negativen Folgen hin.

Klimaschutzziele: Um die Verpflichtung des 1,5-Grad-Zieles des Pariser Übereinkommens einzuhalten und die Klimakatastrophe abzuwenden, müssen wir innerhalb von wenigen Jahren die Energieversorgung von fossilen Energieträgern zum großen Teil auf nachhaltige Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser, Geothermie oder Biomasse umstellen und dabei die Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich halten. Rheinland-Pfalz sollte bis 2037 klimaneutral werden. Insbesondere bei der Photovoltaik zeichnet sich ein so enormer technischer Fortschritt ab, dass sie in den nächsten Jahren zur wichtigsten Quelle nachhaltig erzeugter Energie werden kann. Werden bestehende Dachflächen genutzt, gibt es keinen zusätzlichen Flächenverbrauch. Aber stärker noch als Windenergie schwankt die Verfügbarkeit von Solarenergie mit Jahres- und Tageszeit. Wenn es uns nicht gelingt, den nachhaltig produzierten Strom zu speichern und den Energieverbrauch durch Einsparmaßnahmen insgesamt zu reduzieren, wird die Energiewende scheitern.

Stromnetz: Der zu erwartende Zubau an dezentraler Stromerzeugung und der steigende private Strombedarf für Mobilität und Wärmegewinnung erfordert eine Ertüchtigung der lokalen Stromnetze.

Förderprogramme Erneuerbare Energien: Die Landesregierung wird aufgefordert, die vorhandenen Landesförderprogramme für Regenerative Energien bei Forschung und Entwicklung, innovativen Demonstrationsprojekten und in der Breitenanwendung auf allen Sektoren der Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung sowie bei sämtlichen Effizienztechnologien weiter zu entwickeln und zu forcieren. Dabei sollten in erster Linie dezentrale Einheiten mit hoher Bürgerbeteiligung gefördert und genehmigt werden und nicht zentrale Monopolstrukturen.

Stromspeicherung: Damit sich die Errichtung von Stromspeichern für regenerativ erzeugte Energie lohnt, bedarf es marktwirtschaftlicher Anreize. Für eine mittelfristige Sicherung der Energieversorgung scheinen die Produktion und Speicherung von ökologisch erzeugtem Wasserstoff und der Ausbau der Stromspeicherung derzeit unabdingbar.

Öffentliche Gebäude: Beim Bau öffentlicher Gebäude sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieeffizienz zu nutzen, z. B. der Einsatz sparsamer Blockheizkraftwerke und Warmwassererzeugung durch Sonnenenergie (Solarthermie). Dies schafft Arbeitsplätze bei Handwerk und Mittelstand.

Energiesparen: Weiterhin muss auch die Förderung von Energiesparen und Energieeffizienz, z. B. für Modellprojekte, vorangetrieben werden. Das Land muss klare Prioritäten für eine nachhaltige Energiepolitik setzen für den Einsatz regenerativ erzeugter Energie und umweltfreundlicher Heiztechniken im Zuge der Gesetzgebung, der Landesentwicklungsplanung und der Bereitstellung von Fördermitteln.

Kommunale Energiekonzepte: Die Erstellung von Energiekonzepten für kommunale Nichtwohngebäude (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Rathäuser) ist voranzutreiben unter Inanspruchnahme vorhandener Förderprogramme von Bund und Land. Hier besteht für das Land Rheinland-Pfalz im Vergleich aller Bundesländer Nachholbedarf. Umstellung der Stromversorgung aller Dienstgebäude von Landesregierung und Landesverwaltung auf zertifizierten Ökostrom. Die Lan-

desregierung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) sind zudem die Kommunen verpflichtet, bis 2026 bzw. 2028 kommunale Wärmepläne zu entwickeln, die den Weg für Fernwärmenetze oder andere Lösungen aufzeigen.

Dienstwagen und Dienstreisen: Kommunal- und Landesverwaltungen sollten ihre Dienstwagenflotte auf leichte Fahrzeuge mit minimiertem spezifischen Energieverbrauch umstellen. Ziel sollte die Verringerung der Flotte zur Einsparung von Kosten und der Umstieg bei Dienstreisen auf Bahn, ÖPNV und Fahrrad sein.

VII. Rohstoffe und Abfall

Die Klima- und Umweltkatastrophen und die immer noch zunehmende Beeinträchtigung der Natur und unserer Umwelt zeigen, wie sehr unser Wirtschaftssystem und unsere Art zu leben von Nachhaltigkeit und ökologischen Prinzipien entfernt sind. In gut eingeregelter Ökosystemen werden Energie und Rohstoffe in Kreisläufen möglichst effizient genutzt, Wasserverbrauch, Energieverbrauch und Abfallerzeugung minimiert. Von dieser Effizienz hängt der Erfolg der im System verbundenen Arten ab.

Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ist von derart gebotener Effizienz weit entfernt, langsam und schmerzlich wird sich unsere Gesellschaft der Grenzen des Wachstums bewusst.

Rohstoffgewinnung: Neben der Verfügbarkeit von Energie ist auch die Verfügbarkeit sonstiger Rohstoffe ein begrenzender Faktor für alle Ökosysteme. Ein ressourcenschonender Verbrauch ist unabdingbar. Der Abbau von Rohstoffen sollte landschafts- und naturverträglich stattfinden. Statt sie weit zu transportieren, sollten Rohstoffe möglichst vor Ort veredelt und verwertet werden. Vulkanische Lockergesteine (quartäre Tephra) sind ein wichtiger Grundwasserspeicher und damit zu schützen. Wenn möglich, müssen einmal verwendete Materialien wiederverwendet oder recycelt und gegenüber dem Abbau natürlicher Rohstoffe bevorzugt werden.

Herkunftsnachweise bei Rohstoffen: Da wir auf direkte oder indirekte Rohstoffimporte angewiesen sind, wird die Landesregierung aufgefordert, sich für die ausschließliche Verwendung importierter Rohstoffe mit zertifiziertem Herkunftsnachweis einzusetzen, um Rohstoffgewinnung unter menschenwürdigen und umweltgerechten Bedingungen zu gewährleisten. Die Einhaltung der ab 2026 geltenden EU-Entwaldungsverordnung (EUDR – Deforestation Regulation) zum Schutz der Wälder vor Abholzung für industrielle Nutzung ist zu kontrollieren.

Ökologische Abfallwirtschaft: Die Entstehung von Abfall ist untrennbar mit dem menschlichen wie überhaupt dem Leben verbunden. Abfall ist Ausdruck des ständigen Werdens und Vergehens alles Lebendigen. Aber anders als wir Menschen arbeitet die Natur in Kreisläufen, der biologische Abfall ist wiederum Nährstoff für neues Leben, es gehen keine Ressourcen verloren. Und anders als wir Menschen, zerlegt die Natur Stoffe wieder in ihre Grundbestandteile. Wir dagegen schaffen Substanzen (z. B. perfluorierte Kunststoffe), die, wenn überhaupt, nur über sehr große Zeiträume einer solchen Zersetzung unterliegen und z. B. durch Anreicherung in der Nahrungskette (Mikroplastik) oder der Veränderung von Lebewesen durch hormonähnliche Wirkung großen Schaden anrichten können. Für eine ökologische Abfallwirtschaft müssen die Stoffkreisläufe geschlossen, den Vorgängen in der Natur ähnlich gemacht werden und der Stoffeinsatz vom Einsatz künstlicher, nicht abbaubarer Werkstoffe wegkommen.

Bioabfälle: Der Bundesgesetzgeber hat im Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) eine Getrennsammlung und Verwertung von Bioabfällen vorgegeben. Die ÖDP fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass in allen Städten und Gemeinden eine Getrennsammlung und Verwertung der Bioabfälle vorgenommen wird, da nur hierdurch ein natürliches und unbedenkliches Produkt für die Bodenverbesserung erhalten werden kann und so eine sinnvolle und hochwertige Verwertung dieses Abfallstroms erreicht wird. Eine Eigenkompostierung nach modernen Maßstäben ist zu fördern.

Müllexporte: Wir fordern ein Verbot von Müllexporten. Insbesondere dürfen Kunststoffabfälle wie sie in gelben Säcken oder Tonnen gesammelt werden, nicht in Entwicklungsländer exportiert werden. Klarere und strengere Abgrenzung der Begrifflichkeiten (Verwertung, Beseitigung) zur Verhinderung der „Billigentsorgung“ durch die Verschiebung von als Wirtschaftsgut getarntem Müll, wie dies z. B. bei Kunststoffen und bei Elektronikschrott der Fall ist. Derartige Exporte dürfen nur im Ausnahmefall und nur unter strengen Auflagen in Verbindung mit einem lückenlosen Nachweis der Entsorgungswege bis hin zur abschließenden Verwertung der auf diese Weise genutzten Ab-

fallstoffe zulässig sein. Bei Abfällen handelt es sich um kein normales Wirtschaftsgut, sie dürfen deshalb nicht frei handelbar sein. Wir müssen uns selbst um die Verwertung der im Inland entstehenden Abfälle kümmern und dürfen dies nicht länger Ländern überlassen, die dazu kaum in der Lage sind und hierbei die Augen vor den damit verbundenen Problemen verschließen. Der Entsorgung sämtlicher Abfälle im eigenen Land oder zumindest innerhalb Europas muss absoluter Vorrang eingeräumt werden, die Verschiebung in Entwicklungsländer ist zu beenden.

Plastikabfälle und Mikroplastik: Kunststoffabfälle sind vorrangig einer werkstofflichen oder rohstofflichen Verwertung zuzuführen. Dabei ist eine möglichst hochklassige Verwertung anzustreben, ein Downcycling hin zu lediglich minderwertigen Ersatzprodukten als „Notlösung“ ist zu vermeiden. Die Landesregierung muss hierzu im Zusammenwirken mit den Ländern und dem Bund die Entwicklung wirtschaftlicher chemischer Aufbereitungsverfahren voranbringen, die eine technische Aufarbeitung der Kunststoffabfälle in die chemischen Grundstoffe ermöglichen. Solange diese Verfahren nicht ausreichend verfügbar sind, müssen nicht verwertbare Bestandteile oder schwer verwertbare Kunststoffbestandteile vorzugsweise in geeigneten Ersatzbrennstoffanlagen umweltfreundlich und unter möglichst optimaler Ausnutzung der in den Abfällen enthaltenen Energie energetisch verwertet werden. Hierdurch ist der weiteren Ausbreitung von Mikroplastik in der Umwelt entgegenzuwirken. Die Mitverbrennung von Abfällen in Industrieöfen, z. B. in Zementwerken, darf nur dann zulässig sein, wenn diese mindestens den geforderten Umweltstandards von Müllverbrennungsanlagen entsprechen.

Langlebigkeit und Reparierbarkeit: Am besten ist derjenige Abfall, der gar nicht erst entsteht. Für die ÖDP bilden die Aspekte Langlebigkeit und Reparierbarkeit einerseits und Mehrweg andererseits die Dreh- und Angelpunkte, um das Abfallaufkommen zu senken und die Abfallvermeidung wirklich voranzubringen. Hochwertige und langlebige Produkte, die einfach reparierbar sind und die einen einfachen Austausch schadhafter Teile ermöglichen, verbessern die Weiternut-

zungs- und Wiederverwendungsmöglichkeiten. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass die Garantiezeiten ausgeweitet werden und die geplante Obsoleszenz (eine vom Hersteller gezielt herbeigeführte geringe Lebensdauer des Produktes) eingedämmt wird.

Pfandpflicht: Die ÖDP fordert die Landesregierung dazu auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, die Pfandpflicht auf alle mehrwegfähigen Verpackungsarten im Handel auszudehnen, um den Mehrweganteil zu erhöhen. Die Produktverantwortung ist außerdem mittelfristig auch auf nicht mehrwegfähige Behälter und andere Produkte auszudehnen, wie z. B. die sog. Vapes für Tabakprodukte.

Bauschutt: Abfälle aus Abbrucharbeiten sind möglichst zu recyceln und als Rohstoff in Neubauten oder für den Straßenbau einzusetzen, da die natürlichen Ressourcen (insbesondere Sand) immer knapper werden. Daher sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Bauvorschriften und Normen dahingehend geändert werden und dies erlauben. Schadstoffbelastete Abfälle (z. B. mit Mineralöl verunreinigte Böden) sind so zu behandeln, bis von ihnen keine erhöhte Gefahr mehr ausgeht.

VIII. Bildung, Familie, Jugend und Sport

Bildung und Familie: Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft, sie prägen, stärken und bilden unsere Kinder, bieten Schutz und Geborgenheit, lassen Kinder ihre Umwelt kennenlernen und bieten im Kleinen die Möglichkeit, Konflikte auszutragen und Lösungen zu finden. Sie sind der erste Ort, an dem Kinder Bildung erfahren und der Ort, der sie zu Jugendlichen heranreifen lässt. Familien müssen daher einen besonderen Stellenwert erhalten und gefördert werden. Die staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ergänzen die Bildungsleistungen der Familien mit Kindergärten, Schulen und Hochschulen, unserem beruflichen Bildungssystem, aber auch mit Volkshochschulen und dem Bildungsangebot von Kirchen und Vereinen. Die ÖDP verbindet mit Bildung das Ziel, Kinder und Jugendliche zu eigenständigen Individuen und kritischen Persönlichkeiten zu entwickeln und nicht lediglich das möglichst effiziente Heranbilden von bedarfs- und marktgerechten Fähigkeiten zu betreiben. Außerdem soll das Bildungssystem neben dem Vermitteln theoretischer Inhalte und Kenntnisse auch gezielt praktische Fertigkeiten fördern, um so auch an berufliche Perspektiven im Handwerk und in anderen nichtakademischen Berufen heranzuführen.

Erziehungs- und Pflegegehalt: Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich über den Bundesrat für ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt einzusetzen. Wahlfreiheit für Eltern, ob sie das Geld für die Kinderbetreuung als Lohn betrachten oder damit eine Fremdbetreuung ihrer Wahl finanzieren, statt einseitiger staatlicher Finanzierung von Kinderkrippen.

Politik für Kinder: Bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren außerhalb der Familien in Kindertagesstätten und ähnlichen Einrichtungen ist sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern zur Verfügung steht und bei der Personalbemessung Krankheit und Urlaub berücksichtigt werden.

Neben der innerfamiliären muss auch außerfamiliäre Erziehungsleistung gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden, u. a. damit auch die Altersarmut von häufig Alleinerziehenden überwunden werden kann.

Die ÖDP setzt sich für den wirksamen Schutz des ungeborenen wie des geborenen Kindes ein und für mehr Beratungsstellen für werdende Mütter. Wir fordern eine Politik, die es allen Eltern und insbesondere den Müttern, ermöglicht, ohne Angst vor gravierenden persönlichen Nachteilen ein Kind anzunehmen und zu erziehen. Das von der ÖDP geforderte Landesbetreuungsgeld und vor allem das Erziehungsgehalt sind dazu wesentliche Bausteine. Grundlage ist hierfür der Artikel 6 (4) unseres Grundgesetzes: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“

Schulgebäude: Sowohl die baulichen als auch die hygienischen Zustände in den Schulen sind oft mangelhaft. Die Kommunen als Schulträger müssen von der Landesregierung zur Bewältigung dieser Aufgaben finanziell besser ausgestattet werden, weil diese finanzielle Herausforderung die Kommunen überlastet.

Digitalisierung an Schulen: Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Ein Handy-Verbot, mindestens an Grundschulen, halten wir für sinnvoll.

Schulsystem: Die ÖDP befürwortet das Angebot eines mehrgliedrigen, durchlässigen und inklusiven Schulsystems in allen Schularten (Realschulen Plus, Gymnasien, IGS), in welchem die ganzheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ein vorrangiges Bildungsziel ist. Dazu ist eine ausreichende Zahl von Lehrkräften erforderlich, die sich nicht ausschließlich an den Schülerzahlen orientieren muss. In sogenannten sozialen Brennpunkten ist den dortigen Schulen eine wesentlich höhere Lehrpersonalstärke zuzubilligen. Dies alles hat das Land Rheinland-Pfalz bisher nicht bewerkstelligt, insbesondere auch mit Blick auf den Inklusionsauftrag. Dabei brauchen wir vor allem mehr Lehrerinnen und Lehrer mit regulären Arbeitsverträgen, also weder Kurzzeit- noch Kettenverträge für Lehrerinnen und Lehrer. Die

ÖDP fordert außerdem eine Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler. Die ÖDP möchte ferner erreichen, dass mehr Schulsozialarbeiter und -psychologen zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

Inklusion: Erhalt der Förderschulen. Der Inklusionsauftrag muss mit entsprechenden personellen und räumlichen Voraussetzungen bewerkstelligt werden. Die Inklusion ist ein gesellschaftlicher Auftrag an die Zivilgesellschaft. Der Inklusionsgedanke ist für Menschen mit körperlichen, geistigen, sprachlichen oder anderen Einschränkungen der wichtigste und entscheidende Schritt, in die rheinland-pfälzische Zivilgesellschaft integriert zu werden. Halbherzige Inklusionsbemühungen, ohne die Schaffung der notwendigen baulichen, technischen und personellen Voraussetzungen in allen Schulformen, sind keine Lösung.

Schulfächer: Die ÖDP will moderne Schulen schaffen, die verstärkt praxisbezogen unterrichten und die Kinder und Jugendlichen auch in lebenspraktischen Dingen auf die Welt vorbereiten. Hierzu zählen z. B. Projektunterricht, Praktika und Unterrichtsinhalte wie etwa Ökologie, Umweltbildung, technisch-kreatives Grundwissen, soziales Verhalten, Gesundheit, Finanzen, Gärtnern und Kochen. Darüber hinaus hält die ÖDP an einem im Grundsatz leistungsorientierten Bild von Schule fest. Naturwissenschaftlich-technische Kenntnisse und Fertigkeiten sind für die zukünftige Arbeitswelt, aber auch und gerade für die Entwicklung von Lösungen für die drängenden Zukunftsfragen von überragender Bedeutung. Die ÖDP befürwortet die Beibehaltung eines konfessionsbezogenen Religionsunterrichts.

Integration: Integration bedeutet auch Kindern aus anderen Sprachbereichen und Kulturen ergänzenden Deutschunterricht in Kindergarten und Grundschule anzubieten. Eine gezielte Förderung lernschwacher Kinder durch gezielte Angebote außerhalb des regulären Unterrichts ist notwendig, um beispielsweise die LRRS (Lese-, Rechtschreib-, Rechenschwäche) zu überwinden. Die Förderung von geistig, körperlich oder psychisch eingeschränkten bzw. die Förderung von

besonders begabten Kindern muss mit geeigneten Maßnahmen und mit hierfür qualifiziertem Personal erfolgen.

Schulen und Schulwege auf dem Land: Die ÖDP setzt sich für den Erhalt von Schulen in kleineren Gemeinden ein, um unnötige Transportwege der Kinder zu vermeiden und um die kulturelle Vielfalt der Orte zu stärken. Schule bedeutet Leben und auch Verbindung zum Ort. Wenn schulbedingte Busfahrten notwendig sind, muss – zumindest bei außerörtlichen Fahrten – jedes Schulkind einen Sitzplatz (mit Anschnallgurt) haben, weil auch in jedem anderen Kraftfahrzeug die Anschnallpflicht nach der Straßenverkehrsordnung gilt. Um zu verhindern, dass dann die Zahl der Sitzplätze nicht ausreicht, können die Uhrzeiten für den Schulbeginn und das Schulende planmäßig entzerrt werden. Generell sollte der Schülertransport mit dem ÖPVN für alle Schüler kostenfrei sein, unabhängig von der Frage der Entfernung zum Schulort. Die Schülerbeförderung bzw. der Schulunterricht ist auch in Fällen von Streiks durch geeignete Maßnahmen (Ersatzbeförderung, Homeschooling etc.) sicherzustellen.

Sport: Sportstätten müssen in ausreichender Anzahl bei der Planung von neuen Wohngebieten berücksichtigt werden. Sportvereine sind bei den Planungen möglichst einzubinden, damit auch vermeintliche Randsportarten, die besondere Anforderungen haben, Trainingsmöglichkeiten bekommen (z. B. spezieller Boden für Gewichtheber, Rollschuhsport). Bestehende Anlagen müssen in einem funktionierenden Zustand gehalten werden.

IX. Gesundheitswesen und Soziales

Ärzte und Fachärzte: Förderung der Wiederansiedlung von Haus- und Facharztpraxen in ländlichen Regionen. Sicherstellung der Erreichbarkeit von gesundheitlichen Einrichtungen (Ärzte, Hebammen, Apotheken, Reha-Einrichtungen) mit Hilfe des ÖPNV oder Taxen gerade auch angesichts der Altersentwicklung unserer Bevölkerung. Der Einsatz von Telemedizin kann ein ergänzender Ansatz sein, um Menschen in ländlichen Gebieten mit gesundheitsrelevanten Dienstleistungen zu unterstützen. Ärzte für die ländlichen Regionen sollten aber nicht in anderen Ländern abgeworben werden und auch nicht aus den Krankenhäusern abgezogen werden, da auch dort Ärztemangel herrscht. Da deutlich mehr Studienplätze für Medizin benötigt werden, darf es keine Begrenzung auf die Universität Mainz geben. Der Numerus Clausus als Auswahlkriterium (1,0) ist abzuschaffen, da er insbesondere den wissenschaftsorientierten medizinischen Nachwuchs fördert aber nicht zu mehr Ärzten für die Basisversorgung führt. Zudem sollte das Medizinstudium lebensnaher und damit auch preiswerter gestaltet werden (z. B. viele Unterrichtseinheiten im ambulanten Bereich, d.h. durch Ärzte in ihren Praxen). Wir unterstützen bei der Studienplatzvergabe eine stärkere Bevorteilung von Abiturienten, die vorher eine Ausbildung in der Pflege, Physio- oder Ergotherapie oder als Sanitäter gemacht haben.

Krankenhausversorgung: Die ÖDP tritt für die Sicherstellung der dezentralen, wohnortnahen Krankenhausversorgung ein. Dass eine flächendeckende und gut ausgestattete Klinikinfrastruktur überlebenswichtig ist, hat sich gerade angesichts der Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Gesundheit ist keine Ware, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz muss wohnortnah sicher gestellt werden. Das Land muss seinen Beitrag zur Sicherung einer breit aufgestellten medizinischen Infrastruktur in Rheinland-Pfalz leisten. Die Bundesländer sind gesetzlich verpflichtet, die Investitionen im Klinikbereich zu finanzieren. Dieser Aufgabe kommt Rheinland-

Pfalz bisher nicht nach. Der Krankenhausbetrieb sollte wirtschaftlich, aber nicht profitorientiert sein: Wenn Krankenhäuser als Bestandteil der Daseinsvorsorge wieder ausschließlich in Bürgerhand wären und alle profitorientierten Unternehmer aus dem ambulanten, stationären und Forschungssektor herausgehalten werden, würde Medizin wieder bezahlbar.

Der Ausbau und die Modernisierung der Mainzer Universitätskliniken als „Supramaximal-versorger“ wird von der ÖDP ausdrücklich unterstützt. Dabei präferiert die ÖDP den Ausbau am bisherigen einzigen Standort in der Mainzer Oberstadt. Die ÖDP bezweifelt, ob der derzeit geplante Ausbau an einem zweiten Standort im Mainzer Stadtgebiet wirtschaftlich und organisatorisch sinnvoll ist. Der angedachte zusätzliche Standort zwischen Lerchenberg und Drais wird mit Blick auf Klimaschutz, Kaltluftentstehungsgebiete, Landwirtschaft sowie Arten- und Naturschutz abgelehnt. Ein neuer oder zusätzlicher Standort in Mainz muss sorgfältig ausgewählt werden und den hohen Anforderungen der stadtbaulichen sowie ökologischen Rahmenbedingungen standhalten. Hierzu sind alle Standort-Alternativen in Mainz umfassend zu prüfen.

Krankenhausschließungen: Die ÖDP fordert, dass in Rheinland-Pfalz kein Krankenhaus mehr schließen darf. Insolvente und akut von Insolvenz bedrohte Kliniken müssen vom Land aufgefangen werden, ihr Weiterbetrieb muss öffentlich abgesichert und notwendige Investitionen bezahlt werden. Das Land wird aufgefordert, die Schließung vor kurzem geschlossener Kliniken rückgängig zu machen und die Wiederaufnahme des Betriebs finanziell zu ermöglichen.

Pflege: Die Rahmenbedingungen für Pflegefachkräfte, Betreuer und pflegende Angehörige müssen verbessert werden, damit eine bedarfsgerechte und menschenwürdige Pflege gewährleistet werden kann. Dazu gehören unter anderem die leistungsgerechte Bezahlung von Pflegepersonal sowie die Anpassung des Personalschlüssels an den Pflegebedarf, einschließlich der emotionalen Betreuung. Die Bewertung der Qualität in der Pflege muss stärker als bisher an der direkten

Leistung für die zu Pflegenden bemessen und überprüft werden. Die finanzielle Benachteiligung für die Pflegenden in der häuslichen Pflege gegenüber der Pflege in Heimen ist abzubauen. Es ist von behördlicher Seite auf die Einhaltung eines hohen Qualitätsstandards zu achten. Die Pflege sollte von allen Kontroll- und Arbeitsverdichtungsinstanzen befreit werden. Die Hierarchie sollte sich abflachen, praktische Aufstiegschancen (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis – VERAH, Gemeindeschwester) angeboten und die Kompetenzen erweitert werden. Die zunehmende Akademisierung zieht vor allem das Personal aus der täglichen Arbeit in die Verwaltungsebene ab und hilft daher nicht weiter. Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz mit ihren Zwangsmitgliedschaften zieht den Pflegekräften zusätzliches Geld aus den Taschen, ohne für diese einen erkennbaren Mehrwert zu bringen. Wir unterstützen daher die Forderungen nach einer Abschaffung der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz oder zumindest nach einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft von Pflegefachkräften.

Medizinische Netzwerke: Um die multidisziplinäre Versorgung bei Menschen mit speziellen Erkrankungen (z. B. Parkinson) und deren Angehörigen zu verbessern, muss das Land die Gründung und die Betreuung medizinischer Netzwerke fördern. In solchen Netzwerken wirken Experten verschiedener Disziplinen (z. B. Ärzte verschiedener Fachrichtungen) und Beteiligte aus unterschiedlichen Gesundheitsberufen (z. B. Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Logopäden, Pflegende und Apotheker) im Sinne eines ganzheitlichen medizinischen Ansatzes zusammen. Darüber hinaus sind auch Betroffene und Angehörige zu beteiligen. Durch Vernetzung und Austausch kann die Versorgung besser, patientenorientierter und individueller gestaltet werden. Durch die Bildung interdisziplinärer Versorgungsteams kann die Expertise aller Fachgruppen gebündelt werden und durch Austausch und gezielte Maßnahmen werden Weiterbildung und Wissensaufbau gefördert.

Menschen mit Einschränkungen: Für Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen Einschränkungen müssen faire Chancen entsprechend Artikel 3 des Grundgesetzes gegeben sein. Zur gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gehören auch die

gezielte Aus- und Weiterbildung und die Förderung barrierefreier Arbeitsplätze. Potentielle Arbeitgeber benötigen umfassende Beratung zu den Möglichkeiten der Integration von Menschen mit Einschränkungen, etwa über den Einsatz einer persönlichen Arbeitsassistentin oder die Bezuschussung zum Arbeitsentgelt.

Naturheilkunde: Die freiwillige Erstattung homöopathischer Arzneimittel durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll weiterhin erlaubt bleiben. Anerkennung der Fähigkeit der mündigen Patientinnen und Patienten, für sich selbst entscheiden zu können, ob sie eine homöopathische Behandlung im Rahmen des Solidarsystems der GKV wünschen. Auch finanziell schwächer aufgestellte Haushalte sollen sich diese alternative Behandlungsform leisten können. Kranken muss eine integrative Behandlung ermöglicht werden, die neben der Schulmedizin auch den Einsatz von Naturheilverfahren und Homöopathie beinhaltet.

Nichtraucherschutz: Der umfassende Nichtraucherschutz ist bisher nur in öffentlichen Gebäuden und Restaurants umgesetzt, jedoch noch nicht auf öffentlichen Plätzen (z. B. Wartehäuschen an Haltestellen des ÖPNV) oder bei Veranstaltungen (z. B. Fußballstadien). Zu einem konsequenten Nichtraucherschutz gehört auch ein Verbot von Zigarettenautomaten im öffentlichen Raum.

Embryonenschutz: Die ÖDP wendet sich gegen die Förderung von Projekten an den Hochschulen, die Gentechnik an Embryonen oder die Abtötung von „überflüssigen“ Embryonen zum Gegenstand haben.

Asylpolitik: Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Flüchtlingen, die unter die Richtlinien der Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Der Wille zur Integration ist eine wesentliche Voraussetzung, damit die soziale Integration erreicht werden kann. Hierzu zählen vor allem Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Akzeptanz der Werte und Identifikation mit dem aufnehmenden Land. Im Sinne des Konnexitätsprinzips sind der Bund und das Land verpflichtet, die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber ausreichend zu finanzieren.

X. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Wirtschaftsförderung: Die ÖDP fordert ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung ein. In regelmäßigen Abständen soll die Subventionierung einzelner Bereiche überprüft werden, um die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit besser einschätzen zu können. Zur wirtschaftlichen Chancengleichheit muss die Landesregierung den kabelgebundenen Anschluss aller Haushalte an das Breitbanddatennetz zeitnah umsetzen.

Privatisierung und ÖPP: Keine Privatisierungen kommunaler Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei denen die politischen Entscheidungsträger und die kommunalen Parlamente die Kontrolle über die privatisierten Leistungen verlieren. Die demokratische Einflussnahme ist zu stärken und darf durch solche Privatisierungen nicht geschwächt werden. Auf Öffentlich Private Partnerschaften ist auch künftig zu verzichten, weil diese Finanzierungsmöglichkeit häufig teurer ist als die klassische Finanzierung.

Mittelstand: Der Verbleib oder die Ansiedlung regionaler, mittelständischer Wirtschaft und wohnortnaher Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe muss gefördert werden. Die „Regionalisierung der Märkte“ erhält und schafft zukunftsfähige Strukturen in der Raumordnung. Der Mittelstand und die Landwirtschaft müssen durch regionale Vermarktungskonzepte weiter gestärkt werden. Vorrang hat die Wiederbelebung der Kommunen durch kleine Läden (Dorfläden), Bioläden und Geschäfte im Zuge von Existenzgründungen aller Art.

Arbeitsplätze: Gezielte Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, z. B. durch den Aufbau dezentraler Energieversorgungseinrichtungen wie ökologische Wasserstoffherzeugung einschließlich Infrastruktur und die Intensivierung ambulanter häuslicher Pflege von

kranken und älteren Menschen. Neue Arbeitsformen und -möglichkeiten bestehen auch im Rahmen der Assistenz, z. B. Begleitung, nach den Vorgaben der Sozialgesetzgebung im Gesundheitswesen.

Straßenausbaubeiträge: Die ÖDP ist für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die Baugrundstücksgröße ist Grundlage für die Verteilung des umlagefähigen Aufwands. Dadurch sind die Kosten für die Grundstückseigentümer, insbesondere, aber nicht nur im ländlichen Raum, sehr oft existenzbedrohend. Die Straßensanierung muss vollständig über die öffentlichen Haushalte erfolgen. Die Abschaffung der Einmalbeiträge ab dem 1. Januar 2024 reicht nicht aus. Viele Bundesländer haben die Beiträge bereits komplett abgeschafft.

Kommunalfinanzen: Die ÖDP setzt sich für eine verbesserte finanzielle Grundausstattung der Kommunen mit pauschalen Landeszuweisungen und örtlichen Steuern zur eigenverantwortlichen Verwaltung anstelle von politisch durch die Landesregierung gesteuerten Projektförderungen ein. Das Land darf die Kommunen nicht weiter mit Aufgaben finanziell überlasten.

Bei allen Maßnahmen (z. B. Baumaßnahmen) sind auch Rücklagen für den ordnungsgemäßen Weiterbetrieb bzw. die notwendige Instandhaltung verbindlich einzuplanen. Keine öffentliche Finanzierung von Prestigeobjekten über den kommunalen Finanzausgleich. Bürgerinnen und Bürger sind im Rahmen von „Kommunalen Bürgerhaushalten“ an der Ausgabenpolitik ihrer Kommunen zu beteiligen.

Schutz von Sonn- und Feiertagen: Keine Ausweitung der bestehenden Regelungen für verkaufsoffene Sonntage. Verkürzung der Ladenschlusszeiten an Samstagen auf 20 Uhr (außer in Kurorten und Touristenzentren) und nicht mehr als drei verkaufsoffene Sonntage pro Jahr pro Kommune.

Schutz des Bargelds: Auch wenn die Landesregierung hier nur geringe Einflussmöglichkeiten hat, spricht die ÖDP sich für den Erhalt

des Bargeldes aus. Es ist das reguläre gesetzliche Zahlungsmittel und im Fall von Störungen beim bargeldlosen Bezahlen unerlässlich. Die Verausgabung entzieht sich sowohl dem Staat als auch den Konzernen, daher wirkt Bargeld als unverzichtbarer Bestandteil einer freien Gesellschaft.

XI. Innere Sicherheit

Verbrechensprävention: Zu den zentralen Aufgaben des Staates gehört es, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Er hat das Gewaltmonopol und die Pflicht, das persönliche Recht auf Schutz von Leben, Würde, Gesundheit und Eigentum zu bewahren. Neben einer wertorientierten Erziehung in Familie und Schule sowie einer aktiven Sozialpolitik bedarf es auch einer gezielten Politik der Kriminalitätsbekämpfung, um dieses Recht zu gewährleisten.

Kriminalitätsbekämpfung: Für uns gehören innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung zu den besonders wichtigen Aufgaben des Staates. Es ist zwar ein Markenzeichen freier demokratischer Gesellschaften, die persönliche Freiheit der einzelnen Menschen zu fördern, doch hört die Freiheitsentfaltung dort auf, wo andere Gesellschaftsmitglieder in ihrer Person, in ihrem Eigentum oder in ihrer Gesundheit geschädigt oder eingeschränkt werden. Wir lehnen die Einführung der US-Polizei-Software Palantir in Rheinland-Pfalz aus Datenschutzgründen ab und kritisieren die geplante Einführung in anderen Bundesländern, z. B. Hessen.

Mehr Personal bei der Polizei und in der Justiz: Entscheidend für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung ist nicht so sehr das Maß der Strafe als vielmehr eine hohe Wahrscheinlichkeit für die zeitnahe Ahndung einer Straftat. Der Zeitraum zwischen Straftat und Strafe muss deutlich verkürzt werden. Personalmangel bei Polizei und Justiz führen aber dazu, dass sie den modernen Methoden der organisierten und der individuellen Kriminalität nicht mehr gewachsen sind. Rheinland-Pfalz muss, um dies zu erreichen, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten und das Personal im Justizwesen deutlich erhöhen und die Ausstattung der Behörden den Bedürfnissen unserer Zeit anpassen. Nur so kann Strafvollstreckung bei Wahrung der Rechtsstaatlichkeit gelingen, eine gewisse Abschreckungsfunktion erfüllen und auch der Wiedergutmachung dienen. Auch eine Resozialisierung der Bestraften kann viel besser gelingen, wenn ein Täter bei seiner ersten Tat gestellt

werden kann. Das endgültige Abrutschen ins kriminelle Milieu kann so eventuell verhindert werden.

Mehr Sicherheit: Mehr Polizeipräsenz und Überwachungsmaßnahmen an Brennpunkten und sicherheitsrelevanten Plätzen dienen der Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Das gilt auch auf dem Land, wo zwischen Notruf und Eintreffen der Polizei nicht erst 30 Minuten vergehen dürfen.

Drogenpolitik: Die Beschaffungskriminalität bei Drogenkonsumenten ist immer noch hoch. Neben der Substitution durch Ersatzstoffe muss auch die Verfügbarkeit von Therapieplätzen ausgebaut werden. Ohne eine Möglichkeit zur Therapie ist die Arbeit von Polizei und Justiz hier langfristig kaum erfolgreich.

Extremismus: Terror und Kriminalität bedrohen Freiheits- und Persönlichkeitsrechte aller Menschen. Der zunehmenden Gewalt durch Extremisten (z. B. Rechtsextremismus, Linksextremismus, religiöser Extremismus) ist unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung mit einer Politik der „Null-Toleranz“ zu begegnen. Der Landesverfassungsschutz ist hierzu klar zu positionieren.

Atomwaffen in Rheinland-Pfalz: Obwohl die Stationierung von Atomwaffen im Prinzip eine Frage der äußeren Sicherheit ist, sehen doch viele regional betroffene Bürgerinnen und Bürger in Büchel und Ramstein (logistische Drehscheibe für Kriege und gesetzeswidrige Drohneneinsätze) darin auch eine Gefahr für die innere Sicherheit. Die ÖDP fordert den Abzug der in Rheinland-Pfalz noch gelagerten Atomwaffen. Kein Ausbau der militärischen Einrichtungen in Büchel und Ramstein.

Katastrophenschutz: Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 und an anderen Orten haben gezeigt, dass wir uns als Land besser aufstellen müssen und der Katastrophenschutz verbessert werden muss. Hinsichtlich der ÖDP-Forderungen zum Hochwasserschutz sei auf den Absatz „Gewässer“ in Kapitel II verwiesen. In diesem Zusammenhang

ist auch die Frage der Löschwasserbevorratung zu beleuchten und die Sicherstellung und Förderung freiwilliger Feuerwehren. Im Zusammenhang mit der zunehmend wetterabhängigen Stromversorgung muss die Landesregierung auch die Abwehr von Blackout-Gefahren als wesentlichen Teil des Katastrophenschutzes einbeziehen.

Die ÖDP fordert:

- die Errichtung eines Sozialfonds für Katastrophenhilfe,
- die Stärkung der Kompetenzen für das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ sowie der „Landesämter für Zivilschutz“ und deren Weisungsbefugnis gegenüber den Städten und Landkreisen,
- die flächendeckende Wiedereinführung des Katastrophenalarmes als analoges Pendant zu bereits bestehenden Warnapps und geplanter SMS-Warnungen,
- als Redundanz ist der BOS-Analogfunk, welcher bei einem Ausfall des Digitalnetzes noch funktioniert, weiterhin zu erhalten und ggf. auszubauen.
- Kommunikation zwischen den verantwortlichen Behörden und Einrichtungen: EFAS (Europäisches Hochwasser Warnsystem) und DWD (Deutscher Wetterdienst) stimmen sich unter Hinzuziehung der Gefahrenabwehrpläne für Kreise und Kommunen mit dem Bundesamt für Katastrophenschutz ab.

XII. Medien

Medienpolitik: Demokratische Teilhabe der Bevölkerung setzt voraus, dass diese umfänglich, vielfältig, werbefrei und sachlich informiert wird. Art. 5 des Grundgesetzes sichert uns das Recht zu, uns aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten und gewährleistet gleichzeitig die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. Mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ARD, ZDF und Deutschlandradio sowie auch allen anderen Medien haben die Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeit, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind ein Gemeingut im klassischen Sinne, auch weil sie von der Bevölkerung finanziert werden. Sie tragen somit eine besondere Verantwortung, objektiv und sachlich richtig zu berichten. Die Einflussnahme von Regierungen, politischen Parteien und der Wirtschaft auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist zu reduzieren. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits am 25. März 2014 den Gesetzgeber aufgefordert, den staatlichen und politischen Einfluss durch Parteienvertreter in den Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf maximal ein Drittel der Mandate zu begrenzen. Dieser höchstrichterlichen Entscheidung müssen nun politische Taten folgen, damit unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk wieder vielfältig und befreit von staatlicher bzw. politischer Einflussnahme seine journalistischen und medialen Aufgaben wahrnehmen kann.

Werbung in den Medien: Werbezeiten und Werbeformate im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind zu überarbeiten, damit er frei von Werbeunterbrechungen und somit klar von kommerziellen Sendern zu unterscheiden ist. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind dann vom Quotendruck befreit und können sich stärker redaktionellen Nischenprodukten widmen. Hierdurch steigt die Akzeptanz der Gebührenzahlenden.

Programmgestaltung: Den privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten ist über den Landesmedienrat die Pflicht zu wesentlich umfangreicheren Informationsblöcken im Gesamtprogramm aufzuerlegen, wenn nicht durch eigene Angebote, dann durch die Erweiterung der Drittsendezeiten. Dabei ist auf ein Höchstmaß an thematischer Vielfalt zu achten und auf eine Berichterstattung, die den Pressekodex einhält.

Bürgerfernsehen stärken: Das „Bürgerfernsehen“ ist weiterhin zu fördern und als wichtigen und schützenswerten Bestandteil in den Medienstaatsvertrag aufzunehmen.

Das Programm wurde beschlossen auf dem Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz am 04.10.2025.

ödp

verwurzelt

demokratisch

ökologisch

Mehr Mitte

- mehr Balance

- besser für alle!



Die ÖDP steht für:

1. **Mehr direkte Demokratie** und Freiheit von Konzernspenden!
2. **Klima-, Umwelt und Naturschutz**, Boden, Luft- und Wasserschutz sowie Artenvielfalt!
3. **Soziale Gerechtigkeit** in Deutschland, Zusammenarbeit in Europa und Fairness in den Beziehungen zu den Menschen in allen Ländern der Welt!
4. **Verantwortung** für das Wohl zukünftiger Generationen!

Wenn Ihnen das alles auch wichtig ist:

**Bei der ÖDP zählt
Ihre Stimme!**



www.oedp-rlp.de



**Naturschützer wählen jetzt die
Ökologisch-Demokratische Partei.**



V.i.S.d.P.: ÖDP Landesverband Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27-29, 55118 Mainz
info@oedp-rlp.de | www.oedp-rlp.de



ödp